

1 **Kriegswaffenexporte begrenzen und unter parlamentarische Kontrolle stellen**

2 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag:

3 Die zuständigen SPD-MinisterInnen der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden
4 aufgefordert, durch entsprechendes Regierungshandeln und das Schaffen einer abschließenden
5 gesetzlichen Grundlage den Export von Kriegswaffen, die in Deutschland oder von Firmen mit
6 Hauptsitz in Deutschland hergestellt wurden, zu beenden. Ausgenommen sind Länder, die auf einer
7 vom Bundestag noch zu beschließenden Positiv-Liste stehen. Diese Liste muss im Bundestag einzeln
8 nach Ländern alle zwei Jahre abgestimmt werden. Die Länder sind bei der Entscheidung über ihren
9 Status nicht in einzelne Bundesstaaten teilbar. Hierbei muss der Fraktionszwang aufgehoben werden,
10 da es sich offensichtlich um eine Gewissensentscheidung handelt.

11 Aktuelle Genehmigungs- und Informationspflichten bleiben bestehen, werden aber durch das
12 Außenministerium verantwortet.

13 Begründung:

14 Jede Zeit braucht ihre Antworten und die SPD muss die Partei sein, die klare zukunftsweisende
15 Antworten gibt.

16 In der Vergangenheit befand sich Deutschland oft in der unmittelbaren und geographischen Mitte
17 von Sicherheits- und Friedenpolitischen Krisen. Und oft waren es Sozialdemokraten, die in diesen
18 Zeiten Antworten gefunden haben. Heute ist Deutschland nur mittelbar in Kriege und Bürgerkriege
19 verwickelt. Einerseits durch die Lieferung von Kriegswaffen durch deutsche Firmen in Kriegs- und
20 Bürgerkriegsgebiete und andererseits durch ein stark erhöhtes Aufkommen an Flüchtlingen aus
21 Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten.

22 Die Genehmigung von Kriegswaffenlieferungen ist unmoralisch, unter gewissen
23 Abwägungsgesichtspunkten aber in wenigen Fällen hinzunehmen. In vielen Fällen werden die
24 gelieferten Kriegswaffen entweder vom Empfänger selbst für Kriegshandlungen verwendet, in denen
25 viele Zivilisten sterben (als plakativstes Beispiel Saudi Arabien im Jemen) oder werden vom
26 Empfänger an Dritte weitergegeben, die in eben solche Kriegshandlungen verwickelt sind. In der
27 Vergangenheit wurden Bemühungen angestrengt, die tödliche und zerstörerische Wirkung der
28 gelieferten Kriegswaffen für die Zivilbevölkerung in den Liefergebieten zu minimieren. Zu nennen
29 sind hier die, in Verbindung mit jeder Exportgenehmigung, mit den Empfängerländern
30 abgeschlossenen Endverbleibserklärungen, die Kleinwaffengrundsätze der Bundesregierung vom Mai
31 2015 sowie das „Neu gegen Alt“ Prinzip. Alle bisherigen Anstrengungen sind allerdings zumindest
32 unzulänglich. Insbesondere die tatsächliche Kontrolle der Empfängerländer funktioniert nicht.

33 Hinzunehmen ist der Export von Kriegswaffen in die Länder der Europäischen Union. Auf Grund
34 zahlreicher Regelungen hinsichtlich der Gleichbehandlung und eines einheitlichen Binnenmarktes
35 innerhalb der Union, muss der Handel aller Güter, die hergestellt werden dürfen, einheitlich
36 behandelt werden. Gleiche Standards innerhalb der Europäischen Union sind für eine erfolgreiche
37 Zukunft unabdingbar. Auch bestimmte Länder außerhalb der Europäischen Union, wie zum Beispiel
38 NATO Partner sollten nach einzelner Prüfung als Empfängerländer zugelassen werden. Die
39 Gesamtheit aller Länder in die Kriegswaffen exportiert werden dürfen, sollte auf einer vom
40 Bundestag zu erstellen Positiv-Liste aufgeführt aktualisiert werden. Dies hat eine höhere
41 Verantwortlichkeit der einzelnen Abgeordneten zur Folge und entspricht der Bedeutung des
42 Bundestages als oberstes Entscheidungsgremium in Deutschland.

43 Neben dem moralischen Aspekt gibt es noch einen real-/ innerpolitischen Aspekt, der sich in der
44 nahen Vergangenheit immens auf die politische Diskussion in Deutschland ausgewirkt hat. Wie schon

45 oben ausgeführt leidet unter den Kriegen und Bürgerkriegen, die teilweise mit deutschen
46 Kriegswaffen durchgeführt werden, besonders die Zivilbevölkerung. Viele Millionen sind auf der
47 Flucht. Aus Angst um ihr Leben oder das Leben ihrer Familien. Hunderttausende sind in Deutschland
48 angekommen. Ein Aufkommen an Asylsuchenden, wie es in den letzten drei Jahren zu verzeichnen
49 war, ist für die deutsche Gesellschaft langfristig nicht zu bewältigen. Da das verfassungsgegebene
50 Recht auf Asyl aber natürlich nicht quantitativ zu begrenzen ist, müssen andere Lösungen für dieses
51 Problem gefunden werden. Eine Beendigung deutscher Kriegswaffenlieferung wäre diesbezüglich ein
52 Schritt in die richtige Richtung.